Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 95 (2001)

Heft: 9

Rubrik: Zeichen der Zeit : das "Wort der Kirchen" - eine politische, aber keine prophetische Botschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Das «Wort der Kirchen» – eine politische, aber keine prophetische Botschaft

Am 1. September wurde das «Wort der Kirchen» der Öffentlichkeit übergeben.[1] Bundespräsident Moritz Leuenberger, Arbeitgeberpräsident Fritz Blaser und der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes Paul Rechsteiner durften es in der Berner Heiliggeist-Kirche im Namen der «Schweizer Bevölkerung» entgegennehmen. Nur, so «ausgewogen» wie diese konkordant vertretene Schweiz ist es nicht geworden. Der Arbeitgeberpräsident musste sich in «Worthülsen» flüchten, wie der Tages-Anzeiger (3.9.01) schreibt, während Paul Rechsteiner «zur Sache» reden und in der «Parteinahme zugunsten der Schwächeren» eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Kirchen und Gewerkschaften zu erkennen vermochte.

Vergleichen wir das heute vorliegende Wort «Miteinander in die Zukunft» mit der ursprünglichen Diskussionsgrundlage «Welche Zukunft wollen wir?» der Ökumenischen Konsultation[2], so fällt auf, dass einerseits die Forderungen an das Handeln von Politik und Gesellschaft (Kap. 3–8) konkreter, substanzieller, «fortschrittlicher» geworden sind, während anderseits die prophetische Kritik im Sehen und Urteilen (Kap. 1 und 2) einer weniger engagierten, um nicht zu sagen unbedarften Analyse des Bestehenden gewichen ist.

Schelte von rechts

Das Lamento, mit dem die neoliberale und rechtskonservative Publizistik das Papier eindeckt, zeigt, dass es seinen Biss nicht ganz verloren hat. Im «Sonntag» (Nr. 34/01) gefällt sich der «Wirtschaftexperte» *Beat Kappeler* in massiver Kritik am «Wort der Kirchen». Er stellt es pauschal in die Ecke «einer bestimmten politischen Partei», womit er ja wohl die SP meint. Er nimmt sich nicht die Mühe, die wichtigsten Forderungen des Wortes zu thematisieren, ausser dass er ihm in Sachen Lohngerechtigkeit «Neid» gegenüber Spitzenverdienern vorwirft.

Das katholische Zürcher «Pfarrblatt» öffnet seine Spalten für ein reaktionäres Pamphlet von *Urs C. Reinhardt,* dem ehemaligen Generalsekretär der CVP. Dieser bemängelt am Wort der Kirchen, dass es den «jungen Frauen» eintrichtere, sie könnten «ihre ‹Selbstverwirklichung› nur mit Arbeit ausser Haus finden», und dass dabei «die frühere Hausfrau und Mutter» als «antikes Dummchen» abgewertet werde. Die «working poor» seien nicht weiter zu bedauern, da zwei Drittel von ihnen ein Auto besässen. Noch weniger will Reinhardt verstehen, dass «die Atomenergie als Alternative zu den die Umwelt belastenden fossilen Brennstoffen ... schlicht totgeschwiegen» werde.

Beide, Kappeler wie Reinhardt, meinen, die *Kirchenleitungen* vor ihrem «Wort» *in Schutz nehmen* zu müssen. Für Reinhardt stammen die Forderungen des Papiers von «Sozialethikern und sozialethischen Amateuren mit unverkennbarem ideologischem Gedankengut». Kappeler mokiert sich über «diese Kirchenkommissions-Kritik am Kapitalismus», die nicht von der Hierarchie komme, sondern von «irgendwelchen Kommissionen und Diskussionsrunden zur Wirtschaft». Er «bevorzuge – als Katholik – klare Hierarchien, keine Versammlungstümelei». Dumm nur, dass auch der katholische Bischof Amédée Grab das «Wort der Kir-

chen» namens der Schweizer Bischofskonferenz unterzeichnet hat...

Als dritter im Bund der Kritiker meldet sich NZZ-Redaktor *Gerhard Schwarz* zu Wort. Im «Wendekreis» (9/2001) darf er unwidersprochen kundtun, noch selten hätten sich ihm «bei einer Lektüre die Haare mehr gesträubt als bei der Diskussionsgrundlage der ökumenischen Konsultation». Auf das neue «Wort» nimmt er nicht mehr direkt Bezug, das ist auch gar nicht nötig, weiss Herr Schwarz doch, dass «Gerechtigkeit» nichts zu tun habe mit «einem Ausgleich der grossen Einkommens- und Reichtumsunterschiede», dass «eine St.-Martins-Ethik des Teilens» vielmehr «in die Armut aller» führe und dass es auch keine AHV brauche, da 95 % unserer Bevölkerung selbst in der Lage wären, sich für die Zukunft abzusichern. Weshalb Herr Schwarz sich mit seinem Neoliberalismus fernab jeder christlichen Soziallehre bewegt, ist ihm keine müde Zeile wert.

Bei soviel Schelte von rechts wird einem das Kirchenpapier sympathisch, bevor man es überhaupt gelesen hat.

Sozialethische Handlungsfelder

Was hier zu *Lohngerechtigkeit* und *Existenzsicherung* gesagt wird, darf sich in der Tat sehen lassen. Die Kirchen erinnern an «zwei sozialethische Grundsätze»: «Jeder erwerbstätigen Person muss es grundsätzlich möglich sein, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Angehörigen zu sichern. Und die Einkommensunterschiede dürfen nicht beliebig gross werden. Es ist eine Frage des politischen Willens, diese Prinzipien zu realisieren» (162). Ob, statt auf Mindestlöhnen zu beharren, der «Vorschlag einer negativen Einkommenssteuer» (123) für working poor eine mögliche Lösung sein könnte und nicht vielmehr auf eine – kaum zu rechtfertigende – Lohnsubvention hinausliefe, bleibe dahingestellt. Lohngerechtigkeit ist aber nicht nur gegen ein Zuwenig, sondern auch gegen ein Zuviel an Erwerbseinkommen einzuklagen. Die Kirchen halten darum nicht zurück mit Kritik an den Löhnen für das «obere Ende», «die mit keiner Leistung menschlichen Arbeitens mehr zu begründen sind» (108) und «keinen Bezug mehr haben zur gesellschaftlichen Realität» (162).

Was in der Diskussiongrundlage «Welche Zukunft wollen wir?» noch weitgehend fehlte, war die *Familienpolitik*. Im neuen «Wort» sind die Kirchen dezidiert der Ansicht, dass «*ein* volles Erwerbseinkommen für den Unterhalt einer Familie ausreichen sollte» (67), ohne dadurch auf das Ernährerlohnmodell zurückzufallen. Die Familien sollen vielmehr selber entscheiden können, wie Erwerbsarbeit und Hausarbeit aufzuteilen sind. Da die Wirtschaft vorderhand kaum bereit ist, diese familiengerechten Löhne zu bezahlen, fordern die Kirchen «wesentlich höhere Kinderzulagen» (67), ja ein «garantiertes Existenzminimum für Kinder» (70). Und sie «betrachten es als wichtige öffentliche Aufgabe, das Angebot familienergänzender Kinderbetreuungsplätze (Krippen, Horte, Tagesschulen) bedarfsdeckend auszubauen und an Schulen generell Blockzeiten einzuführen und Mittagstische anzubieten» (68).

Auch die *Migrationspolitik* bekommt im Wort der Kirchen einen höheren Stellenwert als noch in der Diskussionsgrundlage. Der neue Text bezeichnet die Schweiz als «Einwanderungsland» und würdigt Migrantinnen und Migranten als «Bereicherung» (88). Das gelte nicht nur für «hochqualifizierte», sondern auch für «benachteiligte Menschen», von denen «eine gewisse Zahl Arbeit in der Schweiz» bekommen sollte, zumal die Schweiz «eine Verjüngung ihrer Bevölkerung» brauche (89). Der Text sieht in der Integration «einen sich stetig verändernden und lebenslänglichen, individuellen sowie kollektiven Prozess» (92), fordert die automatische Einbürgerung der zweiten Ausländergeneration (97)

sowie demokratische Rechte auch für die übrigen Inländer und Inländerinnen ohne Schweizerpass (96).

Anders als in der Diskussiongrundlage unterstützen die Kirchen die zur Zeit wichtigsten und aktuellsten Forderungen im *globalen Kontext.* Mit dem UNO-Beitritt soll die Schweiz «der universellen Geltung der Grundwerte, der Solidarität der Staatengemeinschaft und dem Frieden in Gerechtigkeit besondere Aufmerksamkeit schenken» (217). Die Kirchen üben sodann Kritik an der Tatsache, dass die Schweiz noch immer nicht die von der UNO seit Jahren verlangten 0,7 Prozent des BSP für die Entwicklungszusammenarbeit aufwendet (222). Bemerkenswert ist die Befürwortung einer «globalen Steuer auf Devisentransaktionen» (Tobin-Tax), um die internationalen Finanzflüsse zu regulieren, die sonst «ganze Volkswirtschaften aus dem Gleichgewicht» bringen (166, 227).

Wo bleibt die Systemkritik?

Beat Kappeler wirft dem «Wort der Kirchen» vor, es unterstelle dem Kapitalismus «moralische Minderwertigkeit». Schön wär's! Aber leider fehlt dem vorliegenden «Wort» weitgehend die prophetische Sprache des ersten Entwurfs.

Das neue Papier lässt sich nur zögerlich auf Kritik an Wirtschaft und Gesellschaft ein. Eher referiert es solche Kritik als *Meinung von «vielen» oder «einigen»* Wir lesen Sätze wie: «Die beobachtbare zunehmende Kluft zwischen Reich und Arm bedeutet *für viele* ein ernst zu nehmendes soziales Konfliktpotential» (108). Und: «Das Problem der Working poor wird denn auch *von vielen* als Skandal empfunden» (99). Warum nur von vielen? Vom wem nicht? Und was hält die Kirche von diesem Skandal? Hinzu kommen *«einige»*, die eine «erhöhte Mitsprache der Arbeiter und Arbeiterinnen im Unternehmen» wünschten (170). Und wer sind die andern, die das nicht wünschen? Und gibt es nicht auch «einige», die eine echte Mitbestimmung im Sinne der Mitentscheidung fordern (nicht «wünschen»). Das wäre mehr als «Mitsprache», die auch als «erhöhte» noch keine Mitbestimmung ist, falls diese Steigerungsform überhaupt einen «erhöhten» Sinn haben soll.

Warum ist der *«soziale Friede»* plötzlich nicht mehr – wie noch in der ersten Diskussionsgrundlage – «in Frage gestellt»? Warum werden die politischen Gegensätze zwischen «Linken» und «Rechten» eingeebnet, obwohl «die soziale Gruppe derjenigen zunimmt, die von der aktiven Mitgestaltung ihrer Zukunft ausgeschlossen» (3) sind? Warum diktieren nicht mehr Hochfinanz und Weltkonzerne die «politische Agenda»? Warum wird nicht mehr die «Freiheit» hinterfragt, die der Neoliberalismus verkündigt? Etwa mit den Worten des ursprünglichen Textes: «Wer auf dem Markt bestehen will, der muss sich verkaufen. Wer sich verkaufen will, der muss Opfer hinnehmen... Wer keine Leistung erbringt, ist nichts wert... So verbirgt sich hinter dem Ruf nach Freiheit viel Gewalt.»

Dass der Kapitalismus sich im *Neoliberalismus* bis zur Kenntlichkeit in seiner *strukturellen Gewalt* entlarvt, wird nicht (mehr) gesagt. Gewiss gibt es noch ein paar zitierfähige Sätze wie: «Oberstes Ziel der Wirtschaft ist nicht der Profit, sondern die Entfaltung des Menschen und des sozialen Lebens. Den heutigen Geltungsvorrang des Geldes als Orientierungsgrösse in immer mehr Lebensbereichen betrachten wir als Risikofaktor für die künftige Gesellschaftsentwicklung» (133). Und: «Das heutige Wirtschaftssystem ist nicht zuletzt eine ausgeklügelte Maschine, die Menschen ausschliesst und Umwelt zerstört» (236). Aber diese Sätze stehen eher isoliert in einem Text, der auf die ursprüngliche kapitalismuskritische Analyse verzichtet. Das ist nur schon deshalb ärgerlich, weil damit die Chance verpasst wurde, *Anstösse von seiten der Weltkirche,* der katholischen wie der reformierten, aufzu-

nehmen und im konkreten Kontext eines Landes wie der Schweiz mit ihrer weltweit agierenden Wirtschaft zu vertiefen.

Erinnert sei an die Enzyklika *Populorum progressio* von 1967, die bereits diesen «ungehemmten Liberalismus» verurteilte, nach dem «der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts» sei. Oder an die Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* (1987), worin der amtierende Papst die «Gier nach Profit» als «Götzendienst» benennt, der sich auch in kapitalistischen «Strukturen der Sünde» widerspiegle. Oder an die Generalversammlung 1997 des *Reformierten Weltbundes in Debrecen,* die im globalen Kapitalismus von heute einen Angriff auf die «Integrität des Evangeliums» sieht und die Gläubigen dazu aufruft, dieses System im Sinne eines Bekenntnisprozesses (processus confessionis) zu überwinden.[3] Wäre es nicht an der Zeit, dass auch die Schweizer Kirchen den neoliberal gehäuteten Kapitalismus unmissverständlich verurteilten? Selbst auf die Gefahr hin, dass gewisse Leute sich larmoyant gegen den Vorwurf der «moralischen Minderwertigkeit» ihrer Ideologie verwahrten?

Es ist wirklich paradox, dass der neue Text in seinen konkreten Forderungen politischer ist als die alte Diskussionsgrundlage, während diese in ihrer Kapitalismuskritik prophetischer war. Eine radikale, an die Wurzeln gehende Politik (im Sinne der Diskussionsgrundlage) müsste dieses System aber nicht nur reformieren (wie das «Wort der Kirchen»), sondern überwinden. Die Kirchen sollten sich zum Beispiel fragen, was es heisst, «dass der Mensch Subjekt der Arbeit ist» (114) und dass dieses Subjekt sich an «der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit ausrichten» muss (114). Wie können die Arbeitenden diese Subjektstellung erlangen und wie sich dabei ethisch verhalten, wenn sie über keine *Mitbestimmung* in der Wirtschaft verfügen? Warum tun die Kirchen so, als hätten sie noch nie etwas vom sozialethischen «Vorrang der Arbeit vor dem Kapital» gehört, wie er in der Soziallehre der katholischen Kirche (z.B. Laborem exercens von 1981) oder auch in der Wirtschaftsethik von Arthur Rich vertreten wird?

Ein anderer Ansatz zum Weiterdenken ist die Lehre vom *«usus communis»,* und das heisst: «der universelle Grundsatz, dass die Güter dieser Erde allen gehören», folglich auch durch Eigentumsstrukturen verteilt werden müssen, die sich für alle positiv auswirken (89). Das wäre eine systemsprengende Forderung, vor allem, wenn sie nach dem weiteren «Grundsatz» durchbuchstabiert würde, «dass eine ‹Sozialhypothek› auf dem über das Lebensnotwendige hinausgehenden Besitz lastet» (159).

*

Die Kirchen sind ein Teil dieser Gesellschaft. Von ihnen Alternativen zu verlangen, die nicht einmal mehr die Linke hervorbringt, ist wohl wirklich zuviel verlangt. Die Schweiz wäre jedenfalls ein anderes Land, wenn sie das «Wort der Kirchen» schon in seiner heutigen Form befolgte. Die Kirchen sind daher zu ermutigen, ihre Option für die «Mühseligen und Beladenen» (5) durchzuhalten und ihr Wort gelegen oder ungelegen in die Gesellschaft und – als letzte noch halbwegs funktionierende «Internationale» – in den Globalisierungsprozess einzubringen. Und dabei radikaler zu werden... •

[1] Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund und Schweizer Bischofskonferenz: Wort der Kirchen. Miteinander in die Zukunft, Bern und Freiburg 2001. Bestelladresse: Ökumenische Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz, 3001 Bern, Postfach 7442. Die Zahlen in Klammern verweisen auf die Randnummern des Dokuments.

[2] Vgl. Zeichen der Zeit: Schweizer Kirchen auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag, in: NW 1998, S. 190ff.

[3] Vgl. Zeichen der Zeit: Die Überwindung des Kapitalismus – ein «Processus confessionis» für den Reformierten Weltbund, in: NW 1997, S. 366f.